

Inhalt

Vorwort	9
I. Kurzfassung des Memorandum	12
II. Langfassung des Memorandum	52
1. <i>Wirtschaftspolitik für mehr und bessere Beschäftigung im Aufschwung</i>	52
1.1 Konjunktur: Aufschwung ohne breite Grundlage	53
1.2 Einkommen, Nachfrage, Arbeitsplätze	65
1.3 Kollektive Arbeitszeitverkürzung statt Ausweitung prekärer Beschäftigung	79
1.4 Arbeitsmarktpolitik gegen soziale Ausgrenzung	89
2. <i>Finanzpolitik: Spar- und Steuerpolitik für höhere Gewinne</i>	100
2.1 Finanzpolitik wieder auf Restriktionskurs	100
2.2 Neue Steuergeschenke für die Unternehmen	107
2.3 Steuerpolitische Alternativen	117
3. <i>Trotz Aufschwung: Nichts Neues im Osten</i>	126
3.1 Zur Lage in Ostdeutschland	126
3.2 Einige Hauptaussagen der Bundesregierung im Jahresbericht 2006	127
3.3 Zur Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland	131
3.4 Zur Haushaltsmisere in Ostdeutschland	133
3.5 Demografische und regionalökonomische Perspektiven	135
3.6 Forderungen an die Wirtschaftspolitik	137

4.	<i>Berlin: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts</i>	141
4.1	Ein Urteil mit Folgen	141
4.2	Berlin: Bundesland, Stadtstaat, Hauptstadt und Metropole	143
4.3	Berliner Wirtschaft: strukturschwach und wenig dynamisch	145
4.4	Verschuldung und Haushaltsnotlage	150
4.5	Überzogene Haushaltskonsolidierung gefährdet Zukunft Berlins	155
4.6	Schlussfolgerungen für eine alternative Wirtschaftspolitik	156
5.	<i>Hedgefonds und Private Equity: Beschränkung und Kontrolle statt Förderung und Laissez Faire – Für einen Kurswechsel in der Finanzmarktpolitik</i>	158
5.1	Offene Türen für Spekulation und Ausplünderung	160
5.2	Alternativen: Beschränkung, Kontrolle und Einbindung	174
6.	<i>Sparkassen und Landesbanken: Privatisierungen abwehren</i>	183
6.1	Öffentliche Kreditinstitute: Zwischen Gemeinwohlverpflichtung, Marktzwängen und öffentlich finanzierter Misswirtschaft	187
6.2	Privatisierung: Profiteure, Akteure und aktuelle Tendenzen	192
6.3	Bereits vollzogen: Erste Privatisierungsschritte	196
6.4	Verkauf der Landesbank Berlin Holding AG/ Berliner Sparkasse im Jahr 2007	198
6.5	Novellierungen der Landesgesetze in Hessen, NRW und Sachsen	201
7.	<i>Bildung: Kein Patentrezept gegen Armut</i>	205
7.1	Die neue (ökonomische) Rolle der Bildung in der Debatte um die „neue Unterschicht“	206
7.2	Prüfung der Chancenrhetorik: Erhöhen die	

aktuellen Bildungsreformen die Bildungschancen der „Unterschicht“?	220
7.3 Nur echte Reformen helfen	227
8. <i>Gesundheitspolitik: Nach der Reform ist vor der Reform</i>	231
8.1 Privatisierung schreitet weiter voran	231
8.2 Bewertung der Gesundheitsreform	238
8.3 Alternativen	245
9. <i>Wirtschaftsdemokratie: Die Zukunftsaufgabe</i>	247
9.1 Wirtschaftsdemokratie – lange überfällig	247
9.2 Wirtschaftsdemokratie als alternative Wirtschaftstheorie	249
9.3 Zur Wirtschaftsdemokratie und ihren Ebenen	253
Tabellenanhang	278